

# Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfgespaltene Zeile 20 Pfg.

Redaktion: H. Wiehle, Linden-Hannover.

Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: H. Wiehle, Linden-Hannover, Falkenstr. 28. Postzeitungsliste: Nr. 1152.

Nr. 34.

Hannover, den 24. August 1895.

5. Jahrgang.

## Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

In immer weitere Kreise der Bevölkerung ist nach und nach die Erkenntniß gedrungen, daß Maßregeln getroffen werden müssen, um gegen die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit mit ihren verderblichen Folgen Abhilfe zu schaffen. Namentlich wird in letzter Zeit die Frage erörtert, ob es möglich ist, von Staatswegen eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen, und bekannte Sozialpolitiker, so u. A. auch Professor S. Hertner in seinem Buche: „Die Arbeiterfrage“, bezeichnen die Gründung einer solchen Versicherung als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Aber während man einerseits in tönenden Worten das Zeitalter der Sozialreform preist, sucht man andererseits dem Volke neue Ketten zu schmieden. Statt daß der Reichstag, angeblickt des großen Arbeitsmangels, die so brennende Frage der Arbeitslosenversicherung erörtert, wurde er gezwungen, über eine Vorlage zu debattiren, wie sie gleich kulturfeindlicher und umstürzlerischer noch kein Parlament beschäftigt hat.

So ist es denn, abgesehen von einigen wissenschaftlichen Blättern, nur die Arbeiterpresse, welche sich eingehend mit obigem Thema beschäftigt.

Daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht in der Faulheit und Arbeitsscheu der Arbeiter, sondern in der modernen Produktionsweise zu suchen sind, ist für einen Jeden, der für die wirtschaftliche Entwicklung Verständnis hat, klar. Jede neue technische Erfindung, welche Menschenkraft durch erhöhte Leistungsfähigkeit der Maschinen, durch raffinirt durchgeführte Theilarbeit ersetzt, vermehrt die Arbeitslosen. Während früher in der Manufakturperiode die Arbeiter selbst die Größe des Angebots an Arbeit bestimmten, ist das in unserer Zeit, unter der Herrschaft der Großindustrie, völlig anders geworden. Das Werkzeug wird der Hand des Arbeiters entzogen und einem mechanischen Apparat einverleibt. Die kapitalistisch ausgebeuteten Werkzeuge und Dampfmaschinen erzeugen im Laufe der Zeit eine ganze Armee von Arbeitslosen, die sich vergeblich in anderen Erwerbszweigen nach Arbeit umsehen, da der technische Fortschritt im Großbetrieb ein allgemeiner ist. Herrscht wirklich in einem Gewerbe eine Periode erhöhter Geschäftsthitigkeit, so bekommt von den durch die moderne Produktionsweise arbeitslos gewordenen nur ein Theil Beschäftigung, der größere Theil bleibt überflüssig.

„All' die zahlreichen sozialen Reformen,“ schreibt Prof. Hertner auf obige Frage bezüglich, „welche bisher den Gegenstand der Darstellung gebildet haben, können nichts, wenigstens nicht unmittelbar, an der Thatsache ändern, daß innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung die Arbeiter von Privaten nur dann beschäftigt werden, wenn die Beschäftigung für die Unternehmer einen Gewinn abwirft. Daß aber die Erwerbsinteressen der Inhaber der Produktionsmittel keineswegs ausreichen, um allen denen eine lohnende Beschäftigung zu verschaffen, deren selbstständige Lebensführung von der Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, abhängt, beweist die selbst unter den Mitgliedern der Arbeiterverbände nie völlig verschwindende Arbeitslosigkeit zur Genüge. So betrug die mittlere Zahl der Arbeitslosen derjenigen der Gewerksvereine, über deren Verhältnisse das arbeitsstatistische Amt des englischen Handelsministeriums zu berichten in der Lage ist, im Jahre 1887 8,43 Proz., 1888 5,2 Proz., 1889 2,9 Proz., 1890 2,02 Proz., 1891 3,39 Proz., 1892 5,25 Proz. Das ist die Arbeitslosigkeit unter der Elite der englischen Arbeiterschaft. In den unteren Schichten ist sie doppelt und dreifach so groß.“

Wie schädlich die industrielle Reservearmee auf die Lage der ganzen Arbeiterklasse einwirkt, ist genügend bekannt. Wo es dem Arbeitslosen, von der Noth getrieben, gelingt, durch Unterbieten der Löhne Beschäftigung zu finden, da verdrängt er Andere aus ihren Stellen; es findet also nur ein Personenwechsel statt, während die Zahl der Arbeitslosen bleibt und die Löhne im Allgemeinen herabgedrückt werden, wodurch wiederum die Ausdehnung des Konsums und der Produktion beschränkt wird. Die Fabrikanten sind gezwungen, um ihre Waare loszuschlagen, sich Absatzgebiete dafür zu suchen. Man versucht die in der Heimath überflüssigen Waaren nach anderen Ländern zu exportiren. Während früher England allein diese Ausfuhr betrieb, ist jetzt fast ein jeder Staat dazu gezwungen. Die einzelnen Staaten umgeben sich mit immer festeren Schutzpollschranken, und alle Handelsverträge sind nicht im Stande, die Krisis, in der wir uns befinden, aufzuheben. Wohl sind auch in

früheren Zeiten diese Absatzkrisen in gewissen Zeiträumen wiedergetehrt, doch nicht mit solcher Festigkeit, wie die gegenwärtige, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Magazine sind überfüllt, doch das Volk hungert. Täglich entstehen neue Bauten und die komplizirtesten Maschinen, während die Zahl der Obdachlosen und der Arbeitslosen sich vermehrt. Mit Recht jagt Hertner: „Man kann nicht erwarten, daß unsere Arbeiter mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung einen aufrichtigen Frieden schließen, so lange man ihnen keine ausreichende Schutzwehr gegen den Abgrund der Arbeitslosigkeit errichtet.“

Der einzelne Arbeiter ist gegen alle schädlichen Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die seine Lebenshaltung so ungeheuer beeinflussen, fast machtlos; er bedarf einer Organisation, die ihm Hilfe in größerem Maße leistet, darüber wird Niemand im Zweifel sein. Es fragt sich nur, ob diese Hilfe in einer staatlichen oder städtischen Zwangsversicherung bestehen soll, oder ob es angebrachter ist, den Arbeitslosen vom Staate oder von der Gemeinde Beschäftigung zu geben. Während nun in England die Gewerkschaften die Frage der Arbeitslosenunterstützung vergleichsweise glücklich gelöst haben, ist eine solche Lösung von den deutschen und österreichischen Gewerkschaften gar nicht zu erwarten, da diese ja zufrieden sein müssen, wenn sie von der Polizei gebuldet werden. Täusche man sich darüber nicht. „Indes“, so schreibt Hertner sehr richtig, „selbst wenn der Staat seine Haltung ändern würde, wäre es doch nicht möglich, die Arbeiterschaft zur Sicherung gegen Arbeitslosigkeit ausschließlich auf die Gewerkschaften hinzuweisen.“ Die Wirksamkeit der Gewerkschaften beschränkt sich in England und auch in Deutschland in erster Linie auf gelehrte Arbeiter; und auch unter diesen befindet sich eine ganze Reihe, die in Folge der geringen Beiträge, die sie erheben, nicht in der Lage sind, außer den Buchdruckern, ausreichende Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

Will man also eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit einführen, so ist das ohne Hilfe des Staates oder der Gemeinden nicht möglich. Ist aber eine Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit angebracht? — Die Einführung einer solchen hat besonders in Deutschland, wo die Alters- und Invaliditätsversicherung schon eine zwangsweise ist, etwas für sich, und verschiedene Sozialpolitiker haben ihr das Wort geredet. In der Schweiz ist diese Versicherung schon in vielen Städten eingeführt. So ist in St. Gallen eine zwangsweise Versicherung gegen Arbeitslosigkeit geschaffen, von der jedoch das weibliche Geschlecht ausgeschlossen ist. Ein etwa bei der Versicherung sich ergebender Fehlbetrag wird vom Staat und Gemeinde gedeckt. In St. Gallen betrug derselbe bei der kürzlichen Rechnungslegung über 4000 Franks. Für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung erklärte sich im vorigen Jahre auch der Ratholikentag in Köln, auch die evangelischen Arbeitervereine erklärten auf ihrer in Frankfurt a. M. abgehaltenen Jahresversammlung dasselbe. Sie hoffen, daß Arbeitgeber und auch die Gemeinden Zuschüsse dazu leisten werden, so daß es möglich sein werde, für einen Wochenbeitrag von 10 Pf. pro Woche 3 Mk. Unterstützung zahlen zu können. Welchem Familienvater ist aber mit dieser winzigen Summe geholfen. Gegen eine vom Staate eingeführte Zwangsversicherung erheben sich verschiedene Bedenken.

Es fragt sich zunächst: Wer soll die Kosten der Versicherung tragen? Den Arbeitern kann man das angesichts der Thatsache, daß die Beitragsleistungen, welche das „Ablebegeze“ erfordert, schon mit dem größten Widerwillen entrichtet werden, kaum zumuthen. Würden Staat oder Gemeinde die Arbeitslosenversicherung übernehmen, müßte auch die Arbeitsvermittlung in deren Hände gelegt werden, und das ist eine Aufgabe, die in Verbindung mit der ersteren sehr schwierig zu lösen ist, umso mehr, als es in Deutschland an jeder nur einigermaßen zuverlässigen Statistik über die Arbeitslosigkeit mangelt.

Will man unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen etwas zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit thun, so ist der einzige auch von Hertner angebeutete Weg: die Arbeitslosen vom Staat oder der Gemeinde zu beschäftigen, allerdings gegen Löhne, die auch zum Leben ausreichen. Dadurch würden alsdann die Staats- und Gemeindebehörden veranlaßt, der Arbeitsvermittlung und der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ein größeres Interesse entgegen zu bringen, als dies jetzt der Fall ist, ganz abgesehen von den anderen, durch eine nothwendigerweise eintretende Aufbesserung der Arbeitslöhne sich für die Arbeiter ergebenden Vortheile.

Daß selbst die beste Arbeitslosenversicherung und -Beschäftigung nicht im Stande ist, die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, ist nicht zu bestreiten. Diese haben ihren Ursprung in der privatkapitalistischen Produktionsweise. So lange diese bestehen wird, so lange wird sich auch die Zahl der Arbeitslosen vermehren. Die klassenbewußte Arbeiterschaft betrachtet es als ihre Aufgabe, zunächst die Ursachen der Arbeitslosigkeit kennen zu lernen und deren Beseitigung anzustreben resp. der Noth und dem Elend vorzubeugen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erringung des Achtstundentages ist eines der Mittel, das, wenn allgemein durchgeführt, ohne Zweifel auch geeignet ist, der Arbeitslosigkeit einigermaßen abzuhelfen. Daß dadurch die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden kann, beweisen uns diejenigen Länder, in denen der Achtstundentag schon eingeführt ist und trotzdem Arbeitslosigkeit herrscht. Nach wie vor werden sich die Arbeiter mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigen müssen, umso mehr, als ja Staat und Gemeinden anfangen, ihr Augenmerk darauf zu richten, und die Arbeiter deshalb alle Ursache haben, ihre Ansicht über die Versicherung so klar und bestimmt als nur irgend möglich abzugeben.

## Der Mensch und die Maschine.

John Stuart Mill, der berühmte Nationalökonom, sah schon seiner Zeit die Thatsache, daß die kapitalistisch angehauchte Maschinerie keinen Segen für die Menschheit bedeuten kann. Er sagte in einem seiner Werke: „Es ist fraglich, ob alle bisher gemachten mechanischen Erfindungen die Tagesmühe auch nur eines menschlichen Wesens erleichtert haben.“ Damit anerkannte er — bewußt oder unbewußt — den Widerspruch, der das ganze moderne Produktionssystem durchzieht. Dieser Widerspruch wird um so krasser, um so unheilvoller, je mehr die menschliche Arbeit durch die Maschine ersetzt wird.

Jede Maschine, die eine Arbeit verrichtet, welche bisher von Menschenhänden ausgeführt wurde, sollte nach einfachen Begriffen die Menschen ihrer Mühe entheben, sie von der peinlichen Nothwendigkeit der Arbeit entlasten, daher ein Gegenstand der Freude und des Stolzes der Menschen sein. So dachte wenigstens Aristoteles, der größte Denker des Alterthumes; und als die Wassermühle zum Mahlen des Getreides erfunden wurde, jene „Elementarform der produktiven Maschinerie“, verstieg sich der griechische Dichter Kalliparos zu begeisterten Versen; er begrüßte die Maschine als die „Befreierin der Sklavinnen und Herstellerin des goldenen Zeitalters“.

Den Alten mit ihrem scharfen Verstande war es eben unfaßbar, daß die Maschine jemals Privatbesitz eines Einzelnen sein könne; sie betrachteten die Maschine als einen Erfolg menschlicher Geistes-thätigkeit und so wie sie die übrigen Resultate ihrer Geistesarbeit, ihre Erfolge auf wissenschaftlichem Gebiete der Gesamtheit zu Gute kommen ließen, so glaubten sie auch, daß die Maschine und deren praktischer Nutzen der Gesamtheit zufallen werde. Aber der mächtige Eigenthumsbegriff hatte diese Anschauung vernichtet; er hatte schon längst alle realen Güter zum Eigenthumsobjekt gemacht und ging weiter, indem er auch die geistigen Güter als unübertragbares Eigenthum betrachtete.

Nun ist aber jede noch so einfache Maschine in erster Linie Geistesprodukt, da sie vorher dem Kopfe des Erfinders entsprungen sein muß, ehe sie körperliche Formen annehmen kann.

Wer also eine Maschine künstlich erwirbt, eignet sich nicht nur das greif- und sichtbare Materielle und die darin enthaltene körperliche Arbeit, sondern auch das Ergebnis der Geistes-thätigkeit des Erfinders an. Ist nun schon das Eigenthumsrecht auf den Boden und seine Produkte eine Ungerechtigkeit, so ist das Eigenthumsrecht des Einen auf das Geistesprodukt des Anderen eine gesellschaftliche Ungerechtigkeit, eine totale Verwirrung des natürlichen Rechtsbegriffes, wie sie nur der mächtige Einfluß des Eigenthumsbegriffes hervorbringen konnte.

Die ganze Unnatur unserer heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ist dieser verkehrten Auffassung vom Eigenthum zu verdanken. Heute ist die Maschine Eigenthum des Einzelnen, und der Ertrag ihrer oft ungeheuerlichen Leistung fällt diesem Einzelnen zu; damit ist sie aber zur Geißel der Menschheit geworden, denn nun zwingt sie den Menschen zum Kampf mit der Maschine, zur Konkurrenz mit derselben und zur maßlosesten Ausnutzung seiner Muskel- und Nervenkraft. Anstatt den Menschen von der Arbeit zu entlasten,

anstatt für ihn zu arbeiten, arbeitet sie gegen ihn, konkurriert ihn nieder, macht ihn überflüssig und giebt ihm dem ganzen Glende der Arbeitslosigkeit preis. Anstatt ein Kampfmittel aller, anstatt eine Waffe im Kampf ums Dasein in der Hand der gesammten Menschheit, ist sie zur Waffe im Kampfe des Menschen gegen den Menschen geworden; schlimmer noch in ihren Wirkungen als die furchtbaren Mordwerkzeuge des modernen Militarismus.

Die Maschine als Arbeitsmittel, dieser Triumph des menschlichen Geistes, diese Krönung seiner Erfolge, artet in der Hand des habgierigen Kapitalisten anstatt zum Segen, zum Fluche für die Menschheit aus. Vor jedem neuen Siege des Menschen über die rohe Naturgewalt müssen die arbeitenden Massen zittern, denn es ist ein Pyrrhus Sieg („noch ein solcher Sieg und wir sind verloren“). So oft es gelingt, wieder einen neuen Arbeitszweig durch eine maschinelle Vorrichtung auszuführen, schwebt den bisherigen Arbeitern dieses Zweiges die bange Frage auf den Lippen: „Was wird nun aus uns?“

Deshalb haben die ersten Maschinen unter der Arbeiterbevölkerung jene Reaktion hervorgerufen, die sich in der Zerstörung der Maschinen äußerte. Die Arbeiter von damals und viele auch heute noch wissen nicht, daß nicht die Maschine selbst die Ursache ihrer Verelendung, sondern das nachwüchsig-privatekapitalistische Produktionssystem es ist, welches aus der Maschine sticht einer Befreierin der Arbeiter eine Unterdrückerin derselben gemacht hat, welches die Früchte aller Kultur vergiftet, und welches die Zeiten der größten kulturellen Fortschritte mit den winnenden und leidenden Massen der Arbeitslosen und ihrem Glende ausfüllt.

Und so lange dieses kulturfeindliche barbarische System aufrecht bestehen bleibt, so lange die Produktionsmittel und mit ihnen auch die Maschine Privatbesitz bleiben, so lange wird das Glend der Arbeitslosen und deren wachsende Verelendung nicht verschwinden; die Maschine wird immer mehr Arbeiter aus ihren Arbeitsstätten hinausjagen, dem Hunger preisgeben, und dem Verbrechen in die Arme treiben; und wenn sie ihn nicht hinausjagt, so wird sie ihn zum Sklaven machen, wird ihn zur Ueberarbeit zwingen und damit zum Feinde seiner Leidensgenossen machen.

Erst wenn die Einzelgüter der Maschine verschwinden sein werden, erst wenn alles Kapital an Produktionsmitteln und Boden in gesellschaftliches Eigentum übergegangen sein wird, können wir die Maschine als das begünstigende, was sie eigentlich sein soll: die Befreierin des Menschen von der körperlichen Arbeit. Indem sie Eigentum der Gesamtheit sein wird, wird sie auch für alle arbeiten, wird allen die Arbeitslast zu gleichen Theilen von der Schulter nehmen und damit ihre menschenbeglückende Mission erfüllen. Erst dann darf der Menschengeist triumphieren, daß er es verstand, die Naturgewalten zu bezwingen und sie in seinen Dienst zu stellen. Dann wird aber auch mit um so größerer Freude und mit um so größerem Eifer darauf Bedacht genommen werden, wie stets mehr und mehr Arbeitszweige durch den stählernen Arbeiter verrichtet werden können, und wie die menschliche Arbeitskraft immer mehr geschont werden kann. Wir werden schließlich nicht mehr zu arbeiten brauchen, als zur Erhaltung der Gesundheit notwendig ist; denn die Produktionskraft der Arbeit ist heute schon so groß, daß, wenn alle zur produktiven Arbeit herangezogen werden — was ja einmal selbstverständlich sein wird —, selbst bei sehr kurzer täglicher Arbeitszeit eine solche Masse aller Lebensbedürfnisse und Genüsse hervor gebracht werden kann, daß alle berechtigten Wünsche, alle wahren Kulturbedürfnisse vollaus befriedigt werden können.

Die Menschheit hat ihr Heil in der gemeinsamen Arbeit zu suchen und nirgend anders. Jede andere Thätigkeit, ist sie nicht mit kulturellen Bedürfnissen im Zusammenhange steht, ist nutzlos, ist Vergeudung.

Die Arbeit ist die Quelle alles Volksreichthums und alles Glückes; aber diese muß eben so eingerichtet, so gestaltet werden, daß sie uns nicht niederdrückt, sondern erhebt, daß sie uns nicht körperlich und geistig verkrüppelt, sondern Körper und Geist stärkt, daß sie uns endlich nicht mehr wie bisher eine Last, sondern ein Vergnügen sein wird.

Den Menschen zu befreien aus dem entwürdigenden Joche des Kapitalismus mit seiner bleichen Geldseele; aus einer Klasse von mühseligen und beladenen Tagelöhnern der Industrie ein freies, schönes und starkes Geschlecht zu machen, dem die Welt gehört, als ein ewig unbeflegbarer Quell höchsten und edelsten Genusses, ist Ziel und Aufgabe des Sozialismus und dessen Trägerin, der klassenbewußten organisierten Arbeiterschaft. Halten wir uns diese ruhmwürdige Aufgabe nur immer vor Augen, erklären wir der unwissenden Masse nur immer die Ursachen ihres Glendes und die Mittel, diese Ursachen zu beseitigen, so thun wir unsere Pflicht.

So thun wir Arbeiter und Sozialisten der Gegenwart unsere Pflicht im Dienste der gesammten Menschheit, nicht nur unserer Klasse; denn auch der Kapitalist selbst leidet heute schon mehr oder weniger unter dem ehernen Drucke, unter dem Gewichte des Kapitals, wie einstmal die Ritter unter dem schweren Harnisch. Und mag der Kapitalismus auch noch so sehr wüthen und toben im Kampfe gegen das organisierte Proletariat, ein zweiter Julianus Apostata, blickt auch er zurück in die Vergangenheit, bekämpft auch er eine neue Weltanschauung und wie jener Julian, der Apostat, wird auch er fallen und sterben mit den Worten: „Fluch, Nazarener Dir, Du hast gesiegt!“

### Arbeiterfreundlichkeit!

Wonnlich ist es in allen Brauereien Brauch, bei Bedienung der Maß-Kampagne die jüngsten, nach Meinung der Brauereien überflüssigen Leute auszustellen. An diesen alten Gebrauch hat man sich nun in diesem

Jahre in der Schultheißbrauerei (Aktien-Gesellschaft), Berlin resp. in der Malzfabrik Pantow auf Anordnung des Herrn Köstke nicht gefehrt. Die Kollegen, welche an die Reihe zum Ausstellen kamen, wurden diesmal pro forma großmüthig befragt, ob sie bei einer dreitägigen Arbeitszeit pro Woche und dementsprechenden Lohn den Sommer über bis zum Wiederbeginn der Mälzerei dableiben wollten. Wahrscheinlich wird Niemand nein gesagt haben! Vermuthlich ist eine entsprechend größere Zahl Kollegen an diesem Experiment theilhaftig und nicht nur die, welche ausgestellt werden sollten, — damit das Geschäft keinen „Schaden“ erleidet. Wenn auch unter bestimmten Umständen diese Einrichtung sehr gut und für alle Brauereien wünschenswerth und empfehlenswerth wäre, so trieben Herrn Köstke, so weit wir ihn kennen, sicher ganz andere Motive zu dieser Neuerung.

Wie die Verhältnisse hier liegen, wo noch eine große Zahl Verbandskollegen von der Ausperrung her ohne feste Arbeit sind, und zum Herbst auch noch sein werden, behaupten wir, daß es Herrn Köstke nur darum zu thun ist, die dort in der Mälzerei beschäftigten Kollegen, welche wohl ausnahmslos dem Gesellenbunde angehören, für die im Herbst wieder beginnende Mälzerei zu reserviren, um sich auf diese Weise die ihm verhassten Verbandsmitglieder vom Hals zu halten, treu dem Prinzip, die Urmachungen bei den Friedensverhandlungen zu umgehen und fortgesetzt an der „Vernichtung“ unserer Berliner Organisation zu arbeiten. Ob man sich nicht trotzdem verrechnen wird, ist eine andere Frage. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche jeden Kollegen, der nicht mit Glücksgütern gesegnet ist, in das Proletariat einreihen und ihn beständig das Hungergepeiß vor Augen haben, wenn er — abgeradert im Dienste des Kapitals — krank, invalid oder arbeitslos wird, sorgen schon dafür, daß die Bäume der Sozialistenpresse nicht in den Himmel wachsen. Und gerade in den Schultheiß'schen Betrieben, wo ein in höchster Blüthe stehendes, sagen wir Zeitausnutzungssystem, herrscht, haben ja die Kollegen am eigenen Leibe zu verspüren, wie sich die „Arbeiterfreundlichkeit“ solcher darauf geachteten Herren in der Praxis ausnimmt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß alle verstockten und Gewaltmaßregeln, wie sie von den Herren in Anwendung gebracht wurden und noch werden, absolut nicht im Stande sind, eine im Boden der wirtschaftlichen Verhältnisse wurzelnde und mit diesen ganz naturgemäß sich entwickelnde Nothwendigkeit — die Organisation der Arbeiter zum Schutze gegen die übermäßige Ausbeutung des Kapitals, zur Verhinderung der Degenerierung des arbeitenden Volkes, zur Herbeiführung vernünftiger geregelter, menschenwürdiger Arbeits- und Lohnverhältnisse für alle, zum Schutze der menschlichen Gesellschaft überhaupt — weder zu verhindern noch zu hemmen. Die zersprengten Mitglieder treten wieder ein in unsere Reihen, langsam aber sicher, trotz der von dem Unternehmerrthum so fleißig unterstützten gegnerischen Presse und des von diesem für „treu geleistete Dienste“ so reichlich bedachten Vereinsvermögens.

Wir haben hier wieder einmal die schönste Gelegenheit, zu beobachten, wie so ein vielseitiger Kapitalist mit einem „ruhigen“ Gewissen alles für sich zum Vortheil einzurichten versteht. Zur richtigen Zeit „erfindet“ er eine Einrichtung. Er behält seine Leute aus der Mälzerei alle da, läßt sie in der Woche drei Tage arbeiten, hat demzufolge immer „frische“ Arbeitskräfte — was für einen Kapitalisten viel Werth hat —; kommt nicht in die Verlegenheit, den Sommer über irgend einen Ausgesperrten beschäftigen oder den Herbst einstellen zu müssen; erfüllt somit seinen und seiner Freunde Lieblingswunsch, unsere Organisation nach besten Kräften zu schädigen und den Verein der Gegner zu unterstützen; und umgiebt sich noch obendrein mit dem Heiligenschein der Arbeiterfreundlichkeit. Man sieht, Herr Köstke versteht es, viele Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. F. K.

### Korrespondenzen.

Zur Beachtung! Die verehrlichen Einsender von Berichten werden ersucht, dieselben nur auf schmalen Papier und nur auf einer Seite zu beschreiben.

**Hannover.** Von einem Kollegen aus Mainz erhalten wir eine Zuschrift, in welcher über das Verhalten des Brauführers in der dortigen Aktien-Brauerei bittere Klage geführt wird. Obwohl die Leute mehr als ihre Schuldigkeit thun, sollen sie mit Ausdrücken wie Faulenzer u. s. w. titulirt werden. Auch äußerte dieser Herr, er hätte Lust, sie sämmtlich zum Geschäft hinauszujagen. Die Vorderburschen sollen die Leute ebenfalls wie Sklavenvögte antreiben. Soweit uns die Verhältnisse in Mainz und speziell auf der Aktien-Brauerei bekannt sind, ist die Anschuldigung dort stets zu Hauje gewesen, und hatten wir die Niederlage 1893 gerade einem Theile der Kollegen auf der Aktien-Brauerei zu verdanken. Hätten damals dort ebenfalls alle Leute aufgehört, so hätte der Herr Direktor nicht jene ablehnende Haltung einnehmen können, als wie er es gethan. Sollen die dort herrschenden Mißstände beseitigt werden, dann heißt es vor Allem, einig zu sein!

**Dortmund.** In der am 11. August abgehaltenen Versammlung, zu welcher sich die Kollegen recht zahlreich eingefunden hatten, entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Behandlung der Verbandsmitglieder in der Ritter-Brauerei. Die „Westfälische Arbeiter-Zeitung“ berichtet darüber wie folgt: „Wie klassenbewußte Brauer behandelt werden. Lange schon werden die organisierten Arbeiter Dortmunds wissen in welcher schändlicher Weise die organisierten Brauereiarbeiter in den verschiedenen Brauereien behandelt werden. Allen voran marschirt jetzt die Brauerei „Dortmunder Brauereigesellschaft“. Der Braumeister Steinweg daselbst ist nämlich der größte Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft. Sein Haß gegen die organisierten Brauer geht so weit, daß er jeden einzustellenden Brauer fragt, ob er auch ja nicht dem Verbandsangehörigen. Erfährt nun dieser Braumeister Steinweg, daß der Eingestellte doch dem

Verbandsangehörigen, so sucht er sich dessen baldigst zu entledigen. Herr Steinweg hat nämlich bisweilen die Vorsicht außer Acht gelassen, zu fragen, oder sich den untrüglichen Beweis zeigen zu lassen, das Zeichen der Zugehörigkeit zum frommen Gesellenbunde, das Bundesbuch. Daß die „rothen Brüder“ bei Steinweg nicht zu lange verweilen, dafür sorgt in der ausgiebigsten Weise dessen Oberbursche Adolf. Dieser Adolf behandelt die daselbst beschäftigten Brauer derart, daß es die meisten vorziehen, lieber auf der Landstraße zu liegen, als eine derartige unwürdige Behandlung noch länger zu ertragen. Nicht allein, daß sich dieser Adolf der unflätigsten Redensarten bedient, nein, auch mit Prüfen und Stoßen zu den Füßen glaubt dieser Mensch seine Arbeit würgen zu müssen. Und dies Alles scheint dem Braumeister Steinweg bekannt zu sein. Abhilfe hat er jedoch bis jetzt nicht geschaffen, oder sollte er das Verhalten Adolfs billigen? Trotz aller Chikanen seitens Adolfs haben sich nun mehrere Kollegen der Brauerei der „Zahlsstelle des Zentral-Verbandes der deutschen Brauer“ angeschlossen. Wenn Adolf so fortfährt, für uns zu agitiren, werden wir in Bälde eine ganz stattliche Zahl Mitglieder in obengenannter Brauerei haben. Ist es doch nur die Furcht, ihre Stellung zu verlieren, welche die meisten abhält, sich uns anzuschließen. Aber leider giebt es auch hier wie überall Leute, die es sich zur Pflicht machen, Herrn Adolf alles, was sie sehen und hören, zu hintertragen und ihre Arbeitskollegen auf gemeine Art und Weise zu denunziren. So behandelt man in dieser Brauerei organisierte Brauer und glaubt, dieselben ganz von der Arbeit ausschließen zu müssen, ohne zu bedenken, daß ein großer Theil der Konsumenten des Bieres (Ritterbräu) klassenbewußte Arbeiter sind. Und diese werden es sein, welche Herrn Steinweg einmal lehren könnten, wie man Arbeiter behandelt. Dies möge sich auch die Direktion obengenannter Brauerei zur Kenntniß nehmen und ihrem Braumeister und Oberburschen eine bessere Behandlungsweise den Arbeitern gegenüber auf das Nachdrücklichste empfehlen.“

Am 4. August fand bekanntlich das Verbandsfest in Vacmen statt. Wie wir nun aus ganz sicherer Quelle erfahren, sollen seitens der Union-Brauerei zwei Brauer (Namens Fick und Niefanger) beauftragt worden sein, nach Barmen zu fahren und dort aufzupassen, wer dem Feste beigewohnt und ob eventuell auch von der Union-Brauerei sich Kollegen theilhaftig haben. Sollte Vorstehendes bestätigt werden, dann wäre das Kapitel von dem „freien Arbeiter“ (?) wiederum um einen Beitrag bereichert und zugleich die Haltung, welche ein Theil der Bundesgenossen einnimmt, abermals deutlich gekennzeichnet worden. Ob ein solches Gebahren zur Stärkung des Bundes beiträgt, bezweifeln wir. Auch dem Blödesten wird dadurch gezeigt, welche Interessen die Mitglieder des Bundes fördern und wie das Wort Kollegialität bei ihnen nur Phrase ist.

**Hamburg.** In der letzten Versammlung standen die Differenzen mit der Brauerei Eidelstedt zur Verhandlung. Klein giebt bekannt, daß das Altonaer Gewerkschaftskartell beschlossen, in Sachen Sinne nochmals vorstellig zu werden. Der Direktor sei aber verreist. Im weiteren Verlauf der Versammlung verliest Klein einen Artikel aus dem „Norddeutschen Gastwirth“, in welchem die Analysen der Hamburger Biere angezweifelt und der Vorschlag gemacht wird, sich behufs Information an den Zoll-direktor zu wenden, damit man die Namen derjenigen Brauereien erfahre, welche die erheblichen Mengen Surrogate verwenden. Gesser führt aus, daß Herr Direktor Strauß von Eidelstedt uns doch provoziert habe, indem er die Erklärung abgegeben, „die Verbandsmitglieder sölgen alle raus“. Es gelte die Folgen eines Kampfes zu erwägen, denn das Hamburger Kartell beschäftige sich am Sonnabend, den 16. August, mit dieser Angelegenheit. Gasser ersucht, daß im Kartell nicht beantragt werden solle, den Boykott über die dem Herrn Strauß unterstellte Brauerei zu verhängen, sondern man solle die Bierherstellung in den Vordergrund drängen, da das Bier trinkende Publikum jetzt gerade sein Augenmerk auf die Hamburger „Echten“ richte. Die Deffentlichkeit sei jahrelang getäuscht worden. Weiter theilt ein anderer Kollege mit, daß kurz nach der Reichstagsdebatte über die Verwendung von Surrogaten die Warmbecker Brauerei 5 bis 6 Sud Tafelbier ohne Reis hergestellt, dann aber wieder Reis, Zucker und Koulour verwendet habe. Gasser konstatiert, daß Warmbeck (die Brauerei liegt bereits ein Jahr still) zum Tafelbier 1/2 Zucker verwandt habe. Nachdem die Würze zu Tafel- und Lagerbier gezogen, habe man, und zwar aus dem letzten Nachguß, noch Bier gemacht auf einfache Weise, indem man auf 30 Hektoliter 2 Zentner Zucker und 80 Pfund Koulour genommen. Auch soll minderwerthiges Lagerbier, nachdem dasselbe gefärbt, theurer verkauft worden sein. Gasser meinte, man solle die ganzen Praktiken, welche seit Jahren geübt worden, bekannt geben, dies würde vielleicht ebenso gut als ein Boykott. Mehrere Redner wenden sich dagegen. Es wird beschlossen, daß die Delegirten im Kartell dafür wirken, daß die Brauerei Eidelstedt (Warmbeck und Eidelstedt gehören zusammen und unterstehen beide dem Herrn Direktor Strauß) zur Rechenschaft gezogen wird. — Hierauf verliest Klein ein Schreiben, in dem 19 Brauereien namentlich erklären, auf unsere Forderungen nicht näher eingehen zu können. Klein verliest nochmals den Vohnitarif, welcher sich von den heutigen Verhältnissen nur dadurch unterscheidet, daß für alle in engerem (direktem) Brauereibetriebe beschäftigten Arbeiter ein einheitlicher Lohn verlangt werde. Ein Antrag, diese Angelegenheit so lange zu verschieben, bis die Angelegenheit mit Eidelstedt erledigt ist, fand hierauf Annahme.

**Lützenburg.** Daß die Verhältnisse in der hiesigen Döhlsteinschen Brauerei sehr viel zu wünschen übrig lassen, mögen die Kollegen aus Folgendem entnehmen. Was zunächst die Arbeitszeit betrifft, so dauert dieselbe von früh 5 Uhr bis Abends 7 Uhr, auch darüber hinaus. Die Mittagspause beträgt 1 Stunde, während die Kaffeepause 20 Minuten und die Frühstück- und Vesperpause je

1/2 Stunde dauert. An Lohn erhalten die Gehilfen 15 Mk. pro Woche, inkl. Kaffee und Mittagessen. Es kommt jedoch öfter vor, daß das Essen kaum zu genießen ist. Für Ueberstunden und die du jour am Sonntag giebt es keine Entschädigung. Die Wohnräume sind ebenfalls in einem traurigen Zustande, sie gleichen eher Ställen, als menschlichen Behausungen. Zu all diesen Mißständen kommt noch hinzu, daß der Herr Braumeister Ernst Müller stets bestrebt ist, die ohnehin schlechten Verhältnisse noch zu verschlimmern. Vor kurzem äußerte er, das ginge nicht mehr so weiter, es müsse eine Veränderung eintreten. Es waren nämlich zwei Arbeitskräfte weniger, und trotzdem mußte dieselbe Arbeit verrichtet werden, was rein unmöglich war. Als ein Kollege den Herrn darauf aufmerksam machte, daß doch zu wenig Arbeitskräfte vorhanden seien, äußerte er, daß er mit solchen „Rindviechern“ und „Hottentotten“ noch nicht gearbeitet habe, keine Arbeit würde mehr fertig. Und er trieb uns nur noch mehr an, wobei dem Kollegen K., welcher vom Fasswaschen plötzlich zu einer andern Arbeit geschickt wurde, das Malheur passierte, die erste Arbeit nicht ganz vollenden zu können. Für dieses „Verbrechen“ erhielt er am anderen Tage seine Entlassung. Bezeichnend für den Herrn Braumeister ist es, daß er sich bereits eine Woche vorher die Zeugnisse zweier „tüchtiger“ Brauer schicken ließ und sie mit dem Bemerkens retour sandte, er werde sich ihrer zu erinnern wissen, sobald sich Gelegenheit böte. — Hoffen wir, daß der Herr Braumeister in Zukunft seinen Untergebenen eine solche Behandlung zu Theil werden läßt, wie man dies billiger Weise wohl erwarten sollte. —

### Eingekandt.

**Gelsenkirchen.** Am 29. Mai d. J. reichten die zu damaliger Zeit in der Brauerei „Glück auf“ beschäftigten Burschen ein Gesuch an den Leiter des Betriebes, Herrn Pokorny. Es war bei ihnen die begründete Hoffnung vorhanden, daß der Herr Direktor den in dem Gesuch angeführten Uebelständen näher auf den Grund gehen resp. Remedur schaffen würde. Diese Annahme war um so berechtigter, da der Herr Direktor zu einer im März d. J. vorstellig gewordenen Kommission, die wegen eines Kollegen unterhandelte, der nur wegen Zugehörigkeit zum Verband entlassen worden war, sich dahin äußerte, wir sollten uns einmal zusammen thun und ihm die herrschenden Uebelstände unterbreiten, und er verspreche uns, dann Abhilfe zu schaffen. Als wir jedoch am 31. Mai ein im Sinne des Herrn Braumeisters abgefaßtes Schreiben erhielten, wußten wir sofort, daß nichts zu hoffen sei. Obwohl sich Herr Direktor Pokorny bereit erklärte, unseren in dem Rahmen der Mäßigkeit gehaltenen Forderungen gerecht zu werden, sträubte sich der Braumeister Bretschneider dagegen. Er gab nun auch seinem Groll den Burschen gegenüber in der unverschämtesten Weise Ausdruck, indem er mit Ausdrücken, wie: Lumpen, dumme Kerle, niederträchtiges Gefindel und dergl. Kosenamen um sich warf. Um aber seiner Liebenswürdigkeit die Krone aufzusetzen, bot er den Burschen an, ihnen ins Gesicht zu spucken und sie zum Geschäft hinaus zu werfen. Einen guten Helfer hat er in seinem Bruder, dem Oberburschen Bretschneider, dessen Behandlung geradezu niederträchtig genannt werden kann. Dieser entließ auch sofort einen Kollegen, den er für den Nadelstichführer hielt, ohne jeden Grund, aber sogleich legte sich das Gewerkschafts-Komitee ins Mittel, und diesem gegenüber stellte sich der Braumeister ein Armutzeugniß aus, indem er erklärte, „der Kollege wolle ihn und seinen Bruder zum Geschäft hinaus haben.“ Es gelang zwar nicht, den Kollegen wieder einzustellen, aber was wir von unseren Forderungen (kürzere Arbeitszeit und höherer Lohn) durchsetzten, haben wir dieser Kommission zu danken. Aber wie sieht es mit dem Koalitionsrecht aus? Obwohl uns in dem Schreiben unter Anderem mitgeteilt wurde, daß man sich nie darum kümmern und sich Jeder nach seiner Façon koaliren könne, kann man doch gerade das Gegentheil behaupten. Der Oberbursche Hikanirt die Burschen, von denen er annimmt, daß sie der Organisation angehören, in einer Weise, für die mir überhaupt der Ausdruck fehlt, und man sollte es kaum für möglich halten, welcher Mittel er sich dabei bedient. Fand er nichts im Geschäft, so scheute er sich nicht, event. etwas zu erfinden. Wurde die Sache untersucht, so ergab sich fast immer, daß es sich nicht so verhielt, und um weitere Unannehmlichkeiten zu vermeiden, stellte man den betreffenden Kollegen wieder ein, der dann meist kurze Zeit darauf ganz von selbst ging. Hier verdient noch ein Fall besonders erwähnt zu werden, der so recht erkennen läßt, in welcher Weise den Leuten entgegengetreten wurde. Wollte da ein Brauer, um Familienangelegenheiten zu regeln, verreisen und, um dabei nicht auf Schwierigkeiten seitens des Braumeisters zu stoßen, wählte er sich die Zeit so aus, daß er ohne zu feiern ganz gut zwei Tage abkommen konnte, da gerade zwei Feiertage (Peter und Paul und Sonntag) zusammenfielen. Trotzdem der betreffende Brauer an beiden Tagen keinen Handschlag zu machen hatte, so wurde ihm doch von dem Braumeister der Urlaub verweigert und er von diesem noch mit verschiedenen Titeln belegt. Unter Anderem wurde ihm auch gesagt, daß die beim Bundesfest in Dortmund versammelten Braumeister sich dahin ausgesprochen hätten, Niemandem, und auch selbst nicht in den dringendsten Fällen, Urlaub zu erteilen, und so wurde dem Kollegen, trotz aller Vorstellungen, unter der Bemerkung, es könnte vielleicht morgen geschlaucht werden, einfach Alles abgeblasen. Dabei kamen einige Wochen zuvor einige Bundesgesellen, die zum Bundesfest in Dortmund waren, erst Montag Morgens 7 Uhr an. Und so stellt der schlaue Braumeister jetzt nur noch Bundesgesellen ein. Nur eins möchten wir ihm noch zu überlegen geben. War die frühere Kolonne, die ihre Arbeit nach bestem Wissen verrichtete und nur den Fehler hatte, aus lauter treuen Verbandskollegen zu bestehen, nicht weit zuverlässiger, als so einige Gesellen, die

# Pr-Bl

Die „Ethische Kultur“ bringt eine Folge von Artikeln über die gegenwärtigen Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse in Deutschland nach Vorträgen, welche Professor Schulze-Gävernitz in der Abtheilung Freiburg der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur im Februar und März gehalten hat. Wir entnehmen daraus Folgendes:

Neuerdings ist die Hoffnung aufgetaucht, den handwerklichen Kleinbetrieb durch elektrische Kraftvertheilung zu retten. Die Zentralkraft, so erwartet man, werde dann nicht mehr Monopol des Großkapitalisten sein, sondern den kleinsten Werkstätten zu Gebote stehen. Diese Hoffnung beruht auf der irrigen Vorstellung, daß die eine mechanische Kraftquelle es sei, welche die Ueberlegenheit der modernen Fabrik über den Kleinbetrieb hervorbringe. Und doch giebt es in zahlreichen Fabriken mehrere Kraftquellen. Das Entscheidende ist nicht die mechanische Zentralkraft, sondern die jeder Theiloperation angepasste Werkzeugmaschine. Der Betrieb dieses ganzen ineinander greifenden Systems von Werkzeugmaschinen aber erfordert ein großes Anlagekapital, große Räume, Massenproduktion — wer darüber verfügt, ist kein Handwerker mehr. Im Großbetriebe der Schuhmacherei geht das Leder durch 30 Werkzeugmaschinen hindurch, in Gewerksfabriken dienen 200 Maschinen zur Herstellung eines Gewehrs. Wer die Mittel hat, diese Werkzeuge zu kaufen, ist ein Kapitalist, kein Handwerker. Hieraus ergibt sich, daß der kleine Mann mit wenig Werkzeugen arbeitet, die möglichst Vielerlei verrichten, während die Fabrik viele Werkzeuge hat, von denen jedes ganz einer einzigen Funktion dient und diese daher vollkommener verrichtet. Es giebt Taschenmesser, an denen sich Säge, Schere, Hammer u. s. w. befinden; die Erfahrung zeigt, daß ein solches Messer weder als Säge, noch als Schere, noch als Hammer, ja häufig nicht einmal als Messer brauchbar ist. Ähnlich die wenigen Werkzeuge des Handwerkers gegenüber dem System von Werkzeugen, über das die Fabrik verfügt. Aber selbst wenn der Handwerker alle die verschiedenen Instrumente des Großbetriebes besäße, so kann er sie nicht alle gleichzeitig in Gebrauch haben; während sich in der Fabrik jedes Werkzeug ununterbrochen verzinst, weil es stets in Thätigkeit ist, verliert das Handwerk diese Zinsen.

Aber wenn man von der Ueberlegenheit des Großbetriebes über das Handwerk redet, so sollte man nicht nur an die technischen Vortheile, sondern mindestens ebenso an die kommerziellen Vorzüge des Großbetriebes denken. Das Handwerk ist schon deshalb den genannten Produktionsweisen des Großbetriebes unterlegen, weil Einkauf und Absatz hier im Kleinen und Lokal geschieht. Was den Einkauf betrifft, so ist allein der Großunternehmer im Stande, auch in der Dualitätenfrage einen Druck auf den Produzenten des Rohstoffes auszuüben. Noch schwieriger ist für den Handwerker der Absatz. Er ist nicht Kaufmann, kennt kaum den Markt seiner eigenen Stadt. Dagegen hat der Großproduzent, welcher ja nicht selbst mit der Hand arbeitet, die Zeit und — auf Grund seiner Vorbildung — auch meist die Fähigkeit, sein Geschäft kaufmännisch zu betreiben. Zudem ist der moderne Fabrikant, entgegen dem Handwerker und dem hausindustriellen Verleger, auch um deswillen zu sorglicher Pflege seines Marktes veranlaßt, weil in seinem Betriebe so viel Kapitalien fixirt sind, daß er bei jedem Rückgang des Absatzes sofort erhebliche Zinsverluste hat. Ferner ist gerade der Handwerker am widerstandsunfähigsten in dem Kampfe um die Kreditgewährung, den jeder Produzent nach vorn und hinten zu führen hat. Er erhält schlechten, oft nur wucherischen Kredit, und muß seinerseits selbst den unsichersten Schuldnern Kredit gewähren. Der geprellte Schneidermeister ist eine leider stets wiederkehrende, sehr traurige Erscheinung in unseren Mißblättern. Von diesen Gesichtspunkten aus sehen wir, daß die moderne Innungsbewegung für die große Masse der Arbeiter nicht in Betracht kommt. Die Handwerker fühlen ihre Schwäche selbst, denn sie wagen es gar nicht mehr, sich gegen ihren Hauptfeind, die Großindustrie, zu wenden. Im Jahre 1848 wurde auf dem Frankfurter Handwerkerparlament, das damals noch als der eigentliche Repräsentant des deutschen Gewerbes galt, offen das Verbot des Großbetriebes verlangt; dieser Punkt ist seitdem aus dem Programm gestrichen. Statt dessen bildet heute die Beschränkung der Konkurrenz innerhalb des Handwerks ein Hauptziel der Innungsbewegung. Der in diesem Sinne verlangte Befähigungsnachweis scheidet schon an den Schwierigkeiten der Abgrenzung. In Oesterreich, wo man ihn einzuführen gesucht hat, ist die Lage des Handwerks genau so schlecht wie anderswo, weil der eigentliche Feind, der Großbetrieb, nicht getroffen wurde. Seine Beschränkungen der Konkurrenz der Handwerker untereinander beschleunigen sogar vielleicht den Niedergang des Handwerks; sie erschweren jungen, tüchtigen Kräften das Vorwärtstommen und treiben diese dazu, das Handwerk zu verlassen und Arbeiter und Beamte der Großindustrie zu werden.

— Eine für Arbeiter äußerst wichtige Entscheidung hat das Reichsgericht getroffen. Hiernach dürfen seitens der Unternehmer nur für eine unmittelbare Verabfolgung von Speisen und Getränken an die Arbeiter dieser Lohnabzüge gemacht werden, während Forderungen dritter Personen an die Arbeiter, selbst mit Zustimmung der Letzteren, nicht in Gegenrechnung gebracht und vom Lohn abgezogen werden dürfen.

— Zur Lohnzahlungsfrage. Die soeben erschienenen Verwaltungsberichte der elsass-lothringischen Fabrik-

Inspektoren für das Jahr 1894 konstatiren, daß die monatliche Lohnzahlung eine in den Betrieben nicht seltene Erscheinung sei. Begründet werde von den Betriebsleitern dieser Modus mit dem Fortkommen, sowie mit der Ansicht, „daß die vierwöchentliche Periode für die Lebenshaltung der Arbeiter am vortheilhaftesten sei und mit den Schwierigkeiten, die in einem umfangreichen Betriebe bei kürzerer Periode erwachsen würden“. Daß die langen Lohnfristen dem Interesse des Arbeiters widerstreiten, liegt auf der Hand. Es ist im höchsten Grade unbillig, vom Arbeiter zu verlangen, daß er dem Fabrikanten den Lohn während eines Monats kreditirt. Das Gros der Arbeiter, das von der Hand in den Mund lebt, ist bei langen Lohnfristen aus Mangel an Baarmitteln genöthigt, die Waaren auf Borg zu beziehen, und geräth dadurch in eine drückende Abhängigkeit von den Lieferanten und dem Fabrikanten. Anderwärts hat man Lohnfristen von 8, höchstens 14 Tagen eingeführt. Was anderwärts möglich ist, sollte in den Reichslanden, dem klassischen Lande der Notabeln-Begünstigung, gleichfalls möglich sein. In dem Verwaltungsberichte fehlt jegliche Angabe darüber, wie groß der Prozentsatz der Betriebe ist, der die monatliche Lohnzahlung beibehalten hat. Ebenjowenig wird mitgetheilt, ob seitens der Fabrik-Inspektoren Anregungen dahin ergingen, daß kürzere Lohnfristen eingeführt würden.

— Ueber Schenkungen im Interesse der Arbeiter schreibt der Fabrik-Inspektor für Schwarzburg-Rudolstadt: „Seit beinahe tausend Jahren sind reiche Schenkungen für ideale Zwecke, für Kirchen, höhere Schulen u. s. w. gestiftet worden. Vielleicht sind dadurch den gelehrten Ständen mehr Menschen zugeführt worden, als wünschenswerth war. Wären seit fünfzig Jahren, seitdem man auf die Lage der Arbeiterwelt aufmerksam wurde, solche Schenkungen zu deren Gunsten geschehen, dann könnte jetzt schon etwas erreicht sein. Auch der Bau von Arbeiterwohnungen in armen Gegenden (wie die des Thüringer Waldes) wird erst eine feste Grundlage erhalten, wenn es förmlich Mode geworden sein wird, Schenkungen, leghwillige Verfügungen u. dergl. nicht mehr zu Gunsten der höheren Stände, sondern zum Wohle des in dieser Beziehung zweifellos seit Jahrhunderten vernachlässigten Arbeiterstandes zu machen.“ Der Verfasser mag es ja recht gut meinen. Aber abgesehen davon, daß wir den Bau sogenannter „Arbeiterwohnungen“ nicht als im Interesse der Arbeiter liegend erachten, können wir auch in derartigen Schenkungen an und für sich kein Heil für die Arbeiterklasse erblicken. Die Arbeiterklasse strebt nach Freiheit, nach Gleichberechtigung, nach Sicherung der Existenzbedingungen, nicht aber danach, daß reiche Bourgeois zu ihren Gunsten Stiftungen hinterlassen. Es wäre traurig, wenn die Arbeiterklasse sich auf die Almosen der Bourgeoisie und nicht auf die eigene Kraft im Klassenkampf verlassen wollte.

— Ehrenamtliche Entschädigung der Vorsitzenden von Berufsgenossenschaften. Schon des öfteren haben wir nachgewiesen, in welcher auffälliger Mißverhältnis die kolossalen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften zu den von diesen geleisteten Entschädigungen der Verletzten und Hinterbliebenen stehen, die auf dem Schlachtfelde der Industrie ihre Gliedmaßen und Leben einbüßten. Bekannt ist ebenso, wie — gelinde ausgedrückt — überaus vorsichtig die Vertreter der Genossenschaften beim Festsetzen von Unfallrenten vorgehen, damit nicht etwa ein verunglückter Arbeiter entschädigt werde, wenn es nicht die formalste Auslegung des harten „Buchstabens des Gesetzes“ unumgänglich mache. Man weiß ferner, wie jedes Prozent ärztlicherseits festgestellter Erwerbsfähigkeit des armen Krüppels meistens mit wahrhaft verschwenderischer Daraufwendung von Geistes- und eventuell auch von Lungenkraft vor dem Reichs-Versicherungsamt gegen die Refurje der Verletzten zu verteidigen oder im Refurverfahren gegen unliebame Urtheile der Schiedsgerichte geltend zu machen gesucht wird. Demgegenüber berührt es denn sehr eigenthümlich, zu erfahren, was einzelne Berufsgenossenschaften unter „Entschädigungen“ ehrenamtlicher Vorsitzenden „für den durch Wahrnehmung der Genossenschaftsgeschäfte ihnen erwachenden Zeitverlust“ verstehen. Wir kommen hiernit zu der Thatsache, welche, wie oben angedeutet wurde, vielfach ein bedenkliches Kopfschütteln hervorrief. Zu der nämlich, daß die Tiefbau-Berufsgenossenschaft oder vielmehr die letzte Genossenschaftsversammlung derselben ihrem ehrenamtlichen Vorsitzenden Dank für seine bis herige jährliche „Entschädigung“ von nur 10 000 Mk. auf 15 000 Mk. erhöht hat. Schon die erstere Summe fällt durch ihre Höhe auf, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die wesentlichste Thätigkeit des Vorsitzenden einer Berufsgenossenschaft darin besteht, fertige Schriftstücke zu unterzeichnen, deren Ausfertigung Aufgabe der Verwaltungsbeamten der Genossenschaft ist, und darin etwa noch, einige Reisen im Interesse der Genossenschaft zu machen. Mit Bezug hierauf charakterisirt schon ihre Höhe die Summe zu einem Jahresgehalt, nicht aber einer „Entschädigung für Zeitverluste“. Nur eine solche gewährt aber das Gesetz dem Genossenschaftsvorsitzenden, indem es sagt: „Die Mitglieder der Vorstände und die Vertrauensmänner verwalten ihr Amt als unentgeltliches Ehrenamt, sofern nicht durch das Statut (der Genossenschaft) eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Genossenschaftsgeschäfte ihnen erwachenden Zeitverlust bestimmt wird. Baare Auslagen werden ihnen von der Genossenschaft ersetzt, und zwar, soweit sie in Reisekosten bestehen, nach festen, von der Genossenschafts-Versammlung zu bestimmenden Sätzen.“ (§ 25 des Unf.-Vers.-Ges. vom 6. Juli 1884.) Es ist hiernach klar, daß ein Jahresgehalt von 10 000 Mk., Entschädigung genannt, dem Geiste des Gesetzes direkt widerspricht. Und ein derartiges Gehalt erhöht noch die Tiefbau-Berufsgenossenschaft um 5000 Mk. Daß Herr Dank selbst im Gegenfatz zum Gesetz die ihm zugewilligte „Entschädigung“ nicht als Entschädigung für Zeitverluste betrachtet, sondern als ein Gehalt, von dem allein er auskömmlich leben kann, beweist, daß er bei Berathung des Antrages erklärte, mit 10 000 Mk. könne man in Berlin nicht auskommen. (!)

Ein Betriebs-Unternehmer — und als Unternehmer eines versicherungspflichtigen Betriebes kann B. nur Mitglied und Vorsitzender der Genossenschaft sein — will mit dem „auskommen“, was die Genossenschaft für ihn abwirft!

Es ist begreiflich, wenn bei den lebhaften Besprechungen des „Falles Wandte“ die Frage aufgeworfen wurde: Kann das Reichs-Versicherungsamt hier eingreifen, wird der Präsident desselben solches thun? Diese Frage zu beantworten, soll unsere Sache nicht sein; wir lassen uns daran genügen, zu konstatieren, daß sie aufgeworfen wurde. Uns drängt sich speziell die weitere Frage auf: Werden nicht Andere dem Beispiele des Wandte folgen und sich im Ehrenamte des Vorsitzenden von Berufs-Genossenschaften derartige Einkommen schaffen lassen? Stellungen, die ohne sonderliche Mühe ihnen ein auskömmliches Gehalt, im direktesten Gegensatz zum Willen des Gesetzgebers, in den Schoß werfen? Thatsächlich steht Wandte auch jetzt schon nicht allein da mit seinem großen Einkommen aus der ehrenamtlichen Stellung; wir wollen nur die Zucker-Berufs-Genossenschaft nennen. Wie uns bekannt ist, giebt es aber eine ganze Reihe von Berufs-Genossenschaftsvorsitzenden, die ohne jegliche jährliche Entschädigung auskommen. Daß sich diese ihre thatsächlichen Zeitverhältnisse und Unkosten entschädigen und erstatten lassen, je nach Dauer und Höhe, steht mit dem Gesetz (siehe unser Zitat) im vollsten Einklang, es wird Niemand etwas daran aussetzen haben. Gegen ein mäßiges Firmum ist auch nicht viel zu sagen. Die schier unbegreiflich hohe Entschädigung des Herrn Wandte erscheint erst dann im richtigen Licht, wenn man erwägt, daß die festangestellten Regierungsräthe im Reichs-Versicherungsamt nur etwa ein Drittel, die Geheimen Regierungsräthe und Senats-Vorsitzenden nur etwa die Hälfte derjenigen Summe als Gehalt beziehen, welche Herr B. für sich als ehrenamtlicher Vorsitzender einer Berufs-Genossenschaft glaubt beanspruchen zu können. Nur Dr. Bödiker, der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes, hat ein der Entschädigung B.'s entsprechendes Gehalt von 15 000 Mk. Bemerkenswert ist schließlich noch, daß der vielgenannte Vorsitzende der Tiefbau-Berufs-Genossenschaft auch noch Vertreter der Arbeiter beim Reichs-Versicherungsamt ist und als solcher für die Teilnahme an jeder einzelnen Sitzung 18 Mk. erhält, und daß die Zahl der Sitzungen, an denen er Theil nimmt, keine geringe ist.

**Auch die Kapläne streiten.** Die Bewohner von Joachimsthal in Böhmen wunderten sich nicht wenig, daß durch eine ganze Woche der Herr Dechant (erste Geistliche) sämtliche Funktionen selbst verrichtete, da er doch zwei Kapläne hat. Das Räthsel war aber bald gelöst. Der Herr Dechant ließ als echter Kapitalist die meisten geistlichen Funktionen durch die Kapläne verrichten, strich aber schmunzelnd das ganze Geld ein. Der Klaffengegenstand war aber auch hier ausgebrochen. Auf der einen Seite Leute, die alle Arbeit zu leisten hatten, auf der anderen Seite ein Mann, der das durch andere Leute verdiente Geld einstreckte. Die Herren Kapläne thaten das, was unter Umständen auch andere Arbeiter thun. Sie koalirten sich und streikten. So kam es, daß der Herr Dechant alle Arbeit selbst verrichten mußte. Wie nun berichtet wird, ist dieser „Streik“ nach achtstägiger Dauer siegreich beendet worden. Die Herren Kapläne erhielten 50 Prozent Lohn-erhöhung zugesichert. — Wir gratulieren den Herren zu ihrem Erfolge.

Jahre in der Schultheißbrauerei (Aktien-Gesellschaft), Berlin, resp. in der Malzfabrik Pantow auf Anordnung des Herrn Rösche nicht gekehrt. Die Kollegen, welche an die Reihe zum Ausstellen kamen, wurden diesmal pro forma großmüthig befragt, ob sie bei einer dreitägigen Arbeitszeit pro Woche und dementsprechenden Lohn den Sommer über bis zum Wiederbeginn der Mälzerei dableiben wollten. Wahrscheinlich wird Niemand nein gesagt haben! Vermuthlich ist eine entsprechend größere Zahl Kollegen an diesem Experiment theilhaftig und nicht nur die, welche ausgestellt werden sollten — damit das Räthsel seinen Schluß findet.

### Bücherschau.

In der Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Beuthstraße 2, erschien soeben: **Friedrich Engels**. Sein Leben, sein Wirken, seine Schriften. Mit Engels' Portrait. Preis 20 Pf. Porto 5 Pf. Die Bedeutung des neben Marx größten Theoretikers des modernen Sozialismus rechtfertigt es wohl, daß wir anlässlich des unerwartet frühen Todes des Urmeysters der deutschen Sozialdemokratie dessen Leben in Wort und Bild vorführen.

### Briefkasten.

**L. B., Wien.** Inserat kostet 60 Pf. Das Buch brauchst Du nicht einzuladen, sende Dir Marken. Besten Gruß!  
**Essen.** Sollen an Franzosen keine Zeitungen mehr gesandt werden? Bitte um Antwort.  
**Fr. M., Halberstadt.** Für was ist das Geld? Habe nichts darüber in Deinem Schreiben gelesen, wofür es sein soll. Besten Gruß!  
**Stettin.** Protokoll für diese Nummer zu spät. Besten Gruß!  
**Halberstadt.** In dem Protokoll steht nichts, was für die Allgemeinheit Interesse hätte, deshalb kann es nicht zum Abdruck kommen. Besten Gruß!

## Versammlungs-Kalender.

### Nachschaffenburg.

Den Kollegen zur Nachricht, daß von jetzt ab die regelmäßigen **Mitglieder-Versammlungen** jeden 1. Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Restauration Hofmann, abgehalten werden. Außerdem findet jeden Sonnabend Zusammenkunft der Brauer im Vereinslokal statt. — Außerdem machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß am hiesigen Plage das Gewerkschaftsamt jeder Zeit Beschwerden, familiäre Einrichtungen in den Brauereien oder die Vorschriften zur Verhütung von Unfällen betreffend, zur Weitervermittlung an den Fabrikinspektor annimmt, und in gewerblichen Streitfragen bereitwillig Auskunft erteilt.

### Berlin.

Die Arbeitslosenunterstützungs-Angelegenheiten der Berliner Mitglieder regelt der 1. Vorsitzende, Ludwig Hobapp, Berlin W., Steinhilberstr. 50, H. 1. Et. Zu sprechen nur in dessen Wohnung, Montag und Donnerstag, zwischen 7 und 8 Uhr. Alle durchreisenden Kollegen haben sich betreffs Reiseunterstützung an den 2. Vorsitzenden, Fritz Preuß, Neue Friedrichstr. 20, zu wenden. Derselbe regelt auch sämtliche nicht auffchiebbare Vereinsangelegenheiten, wie Begräbnisse: z. Die Bibliothek befindet sich vorläufig bei dem Kollegen Herrn Gärtner, Mollatstr. 12 (Mollatmarkt). Die Mitglieder, welche im Besitze von zur Vereinsbibliothek gehörigen Büchern sind und dieselben gelesen haben, werden hiermit dringend aufgefordert, dieselben bei dem Kollegen Gärtner abzugeben.

### Bremerhaven.

Unsere **Monats-Versammlungen** finden von jetzt ab jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus Spilfer, „Gasthaus zur See“, statt, welches wir den reisenden Kollegen bestens empfehlen.

### Dresden.

Die Auszahlung der Reiseunterstützung für Verbandsmitglieder findet durch den Kollegen G. Frickhagen, Löbtau, Schillingplatz 16, 1. Et., statt, und zwar, wenn derselbe Jagdschicht hat, von 6-8 Uhr Abends, sonst zwischen 2-4 Uhr Nachmittags. In der Gambriusbrauerei erfahren die Kollegen das Nähere.

### Düsseldorf.

Unsere **Monats-Versammlungen** finden jeden ersten Freitag im Monat bei H. Schwarz, Ede Schützen- und Gerresheimerstr., statt.

### Elberfeld.

Die Auszahlung der Reiseunterstützung geschieht von jetzt ab nicht mehr in Barmen, sondern in Elberfeld, und zwar Vormittags von 7-8 Uhr durch M. Bogula, Bergschloßbrauerei, Königstraße, und Abends zwischen 7 und 8 Uhr bei Hugo Faber, Sebanstraße 42.

### Erfurt.

Die **Monats-Versammlungen** der Zahlstelle finden jeden ersten Dienstag im Monat bei dem Kollegen Frisch, Grafengasse 6, statt. Dasselbst werden auch jeder Zeit neue Mitglieder aufgenommen. Die Zeitungen sind von dieser Woche ab beim Kollegen Frisch abzuholen.

### Essen.

Unsere **Monats-Versammlung** findet am Sonntag, den 1. September, Nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal statt. — Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Wahl eines 1. Vorsitzenden. 3. Berichterstattung der Kassenrevisoren. 4. Verschiedenes.

Die Unterstützungen des hiesigen Zweigvereins werden von jetzt ab von 8 bis 9 Uhr Abends in unserem Gewerkschaftslokal von Karl Spieker (vormals Wittwe Gray), Steeler Thor, ausbezahlt. Dort werden auch die Schlafmarken ausgegeben.

### Fürth.

Den reisenden Kollegen diene zur Kenntniß, daß die Unterstützungen nur Bümenstraße 8, 2. Et., bei dem Kassirer, Kollegen Eichler, ausbezahlt werden. Die Bescheinigung stellt Kollege Egerer, Erlanger Landstraße 40, aus. Sowohl Bescheinigung wie Auszahlung findet nur von 12-1 1/2 Uhr Mittags und 6-8 Uhr Abends statt.

### Gera.

Dienstag, den 27. August: **Öffentliche Brauer-Versammlung.** Referent: Richard Wiehle-Hannover. — Sämtliche Mitglieder werden gebeten, zu erscheinen. Nichtmitglieder werden freundlichst eingeladen.

### Hagen.

Die regelmäßigen **Mitglieder-Versammlungen** finden jeden ersten Freitag im Monat bei Günther Schmidt, Alte Kampstraße, statt.

### Halle a. S.

Die regelmäßigen **Mitglieder-Versammlungen** der Zahlstelle finden am dem Sonntag vor dem ersten eines jeden Monats (am letzten Sonntag im Monat) im Vereinslokal, „Röhler Brunnen“, Nachmittags 5 Uhr, statt.

Die Reiseunterstützung für Halle a. S. wird vom Kollegen F. Reuder, Günther's Brauerei, Mittags von 12-1 Uhr, ausbezahlt.

### Hamburg.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt beim Kassirer P. Lieve, St. Pauli, Bergstraße 5, 2. Et.

### Hannover.

Die Auszahlung der Reiseunterstützung findet bei J. Wilhelm, Insel 3, statt.

### Heidelberg.

Die Reiseunterstützung wird nur im unserm Vereinslokal, Restaurant „Zur Hornuth“, Hauptstraße 142, ausbezahlt. Die reisenden Mitgliedern zur Nachricht.

### Leipzig.

Sonntag, den 25. August, Nachmittags 3 Uhr, im Universitätskeller, Ritterstraße 7: **Öffentliche Versammlung.** — Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wiehle aus Hannover über: „Das Brauereigewerbe in der Zukunft“. 2. „Wer verkleumdet?“ 3. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

### Stettin.

Die regelmäßigen **Monats-Versammlungen** finden am Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorsitzende B. Fahlisch ist täglich von 12-2 Uhr und von 6-8 Uhr Abends in seiner Wohnung, Lorney, Pionierstraße 27, 1. Et., zu sprechen. Der Kassirer Müggemeier zahlt Unterstützungen von 12-2 Uhr in seiner Wohnung, Grenzstraße 9, 1. Et., aus.

## Dresden.

### Fachverein der Brauer von Dresden.

Sonntag, den 1. September:

### Partie in die Sächsische Schweiz.

Abfahrt bestimmt früh 7 Uhr vom Terrassenufer ab per Dampfschiff. Kollegen, welche nicht mit dem Schiffe fahren können, fahren 8 1/2 Uhr mit der Bahn vom Bismarck Bahnhof ab bis Petschau und erwarten hier das Schiff.  
**Der Vorstand.**

## Berlin.

Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes

### Restaurant mit Centralherberge

Neue Friedrichstraße 20

(Ede Königstraße, in der Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz.)

Hochachtungsvoll **Fritz Preuss.**

## Brauer- u. Mälzer-Mützen

füwie Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

**Jockey-Mütze** in allen Farben, von Mk. 1-1.75

Stoffproben stehen franko zu Diensten.

**Strandmütze** in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von Mk. 1.25-3.00.

**Klapp-Mütze**, Stoffmützen von Mk. 1-2, Seide und Atlas in schwarz und bunt Mk. 2-2.50, Korbseide Mk. 2.50-3.00.

Bei Bestellung nach außerhalb erbitte Kopfwerte in Zentimetern anzugeben. Versand erfolgt per Nachnahme; bei 12 Stück franko.

**Stoife Brauermütze** i. Ind. blau u. grün, v. Mk. 1.75-2.00.

Dresden. **Carl Fiedler**, Dresden, Schäferstraße 53.

## Inferate.

Wo befindet sich der Brauer **Max Huhn** und Kappen (nicht in Schwelat bei Wien tätig)? Die Expedition dieser Zeitung erachtet Nachricht.

## Wandsbeck.

Den Kollegen der **Hansa- und Adler-Brauerei** in Lübeck sagen wir für die freundliche Aufnahme am 18. d. M. herzlichsten Dank.

**J. H. H. G. F. M. K. B.** Aktien-Brauerei Marienthal.

Unsern Freunde u. Verbandskollegen **Johann Niklaus** und seiner Frau, Fräulein

**Elisabeth Becker**, zu der am 11. August stattgefundenen Verlobung nachträglich die besten Wünsche.

**W. J. G. P. D.**

## Ein Sachmann

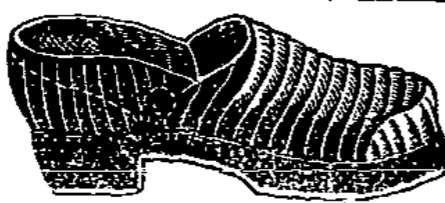
sucht per 1. April 1896 oder auch früher den Ausschalt in einer größeren Brauerei auf Lohnverzicht zu übernehmen. Best. Offerten unter **R. B. 10** Postfachstelle postlagernd erbeten.

**Joh. Dohm**, Biel, Winterbeckerstr. 12, empfiehlt: gute, dauerhafte Wäsche u. Wollwaren, Hüte, Seidenstoffe, Lösser, Bekleidungs- u. f. w.

## Stettin.

**Haupt-Brauerverkehr** beim Kollegen

**G. Keller**, Obertwick 24.



**C. R. Wittber**, CHEMNITZ, Müllerstrasse Nr. 28, Fabrikant der altbekannten

**Chemnitzer Holzschuhe** desgl. Schlappschuhe, Plüschschuhe, Mälzerpantoffeln.



## Gasthaus „Zum kleinen Mayerhof“

(Centralverkehr der Brauer und Küfer)

**von Fried. Steinmetz**, P 6, 17/18. MANNHEIM P 6, 17/18.

Empfehle mein neu eingerichtetes Gasthaus dem geehrten Publikum bestens.

**Gute Betten zu billigen Preisen.** NB. Sicherer Arbeitsnachweis für Brauer und Küfer.

**Hamburg.** Gasthaus zum „Gambrius“ Haupt-Brauer-Verkehr. Restauration u. Bier-Ausschank Weststrasse 7. In nächster Nähe sämtlicher Bahnhöfe und der Dampfschiffe. Schöne Zimmer. — Gute Betten. Civile Preise. **Paul Meyer.**

**Hochfeine Cigarren**, hell u. dunkel, verdient von 4 Mark an **Georg Leithner**, Cigarren-Verhandels-Geschäft, Nürnberg, Kornmarkt 1. Geben den Kollegen bekannt, daß sich mein **Schnitt-, Weiß- und Wollwarengeschäft** jetzt **Maxplatz 33** befindet. Ich erlaube mir, dieser Bekanntgabe die Bitte beizufügen, mich bei Bedarf gütigst berücksichtigen zu wollen. **Joh. Schmidt**, Nürnberg.

**Mannheim.** Halte allen Fremden und Kollegen mein **Gast- und Logirhaus** bestens empfohlen. Gute und billige Speisen und Getränke, sowie gutes und billiges Logis. **Jacob Theilacker**, H 2, Nr. 3.